In den Fußstapfen von Beuys

BfR-Aktion für Volksabstimmung – Wolfgang Bosbach dagegen

RÖSRATH. Mit einer groß angelegten Postwurfsendung wartet die Wählergemeinschaft „Bürger für Rösrath" auf.

Die Aktion, die rund 65 Prozent aller Rösrather Tagespostempfänger erreichen soll, steht unter dem Motto „Mehr Demokratie durch Volksabstimmungen".

Die BfR unterstützen damit den „Omnibus", eine „gemeinnützige GmbH für direkte Demokratie", die in Berlin sitzt und einst vom Kunstprofessor Joseph Beuys mitgegründet worden ist, und den Verein „Mehr Demokratie". Wolfhagen Beckers, 1. Vorsitzender der BfR, spricht in seinem Anschreiben an die Rösrather Bürger auf die Große Koalition in Berlin an, die sich „gegenseitig blockiert". Der einzelne Bürger dürfe „nicht weiter von der Meinungsbildung ausgeschlossen werden".

Einige Länder hätten bereits ein Recht auf Volksabstimmung, andere dafür zumindest eine Option. Wer ebenfalls diese Meinung vertrete, solle die beigefügten Postkarten der „Aktion Volksabstimmung" an den Verein „Mehr Demokratie" und an den für Rhein-Berg zuständigen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach senden.

War für Volksabstimmungen: Professor Joseph Beuys. (Foto: dpa)

Die Organisation „Omnibus" unterstützt derweil auch kommunale Volksbegehren und Volksentscheide und versucht, bundesweite Volksabstimmung nach dem Vorbild der Schweizer Initiative durchzusetzen. Die OmnibusgGmbH erhält nach eigenen Angaben keine Fördermittel vom Staat oder aus der Wirtschaft. Die Initiative finanziert sich über einen Fördererkreis von rund 3000 Personen. Ein Impuls für die Initiative war der Künstler Joseph Beuys, der 1971 in Düsseldorf die Organisation gründete, darauf folgte 1972 bei der „documenta 5" in Kassel eine 100 Tage währende Gesprächsrunde mit Besuchern und Vertretern aus Kultur, Politik und Wirtschaft. Beuys transportierte den Begriff „Volksabstimmung" aus dem Feld der Kunst in die öffentliche Diskussion und erklärte die Gestaltung des Gemeinwesens zur „größten Herausforderung, vor der wir in einer Demokratie alle gemeinsam stehen".

Wolfgang Bosbach erteilte unterdessen einer bundesweiten Volksabstimmung, wie sie in der Postkartenaktion gefordert wird, eine Absage. Das Grundgesetz habe sich nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik für eine strikt repräsentative Demokratie entschieden. Auch wenn immer wieder die Anmerkung komme, Bonn/Berlin seien nicht Weimar, so sprächen auch heute noch gravierende Gründe gegen eine Aufnahme plebiszitärer Elemente. Bosbach: „Es ist ein Irrtum, bei Volksabstimmungen hätte der Einzelne mehr Einfluss."

Der Omnibus setzt dagegen: „Mit diesem Argument reduzieren Sie die Funktion der Volksabstimmung auf die bloße Durchsetzung eigener Interessen." Im Volksentscheid spreche und entscheide der Souverän, die Rechtsgemeinschaft als Ganzes, sagt der Omnibus. Die Gestaltung der Zukunft könne nicht mehr „einfach nur delegiert" werden. (wks)

Bergische Landeszeitung

24.7.08